Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ausschl. Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Nr. 6308 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich Dr. Ewald Schulze in Halle.

[Fernsprechverbindung Nr. 176.]

Saale-Zeitung.

Dreiunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Hallemit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unsern Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pf.

Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 166. **Halle a. d. Saale, Montag den 10. April** **1899.**

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Berlin, 9. April. Der Kaiser und die Kaiserin hatten am Freitag abend den Staatsminister Dr. von Miquel und Staatssekretär von Bülow, den Geh. Kabinetsrath Dr. von Lucanus, Admiral Hollmann, den Generaldirektor der kgl. Museen Dr. Schöne, Prof. Dr. Sachau und Prof. Delitsch zum Thee geladen; letzterer hielt demnächst der versammelten Gesellschaft einen Vortrag über Babylon und die dort von der deutschen Orient-Gesellschaft geplanten Ausgrabungen. Der Kaiser hielt die Anwesenden im Gespräch über das Thema des Vortrags bis Mitternacht um sich. Gestern morgen unternahmen der Kaiser und die Kaiserin den üblichen Spaziergang. Der Kaiser hörte dann im Auswärtigen Amt den Vortrag des Staatssekretärs v. Bülow, sowie, in das königl. Schloß zurückgekehrt, die Vorträge des Chefs des Generalstabes Grafen v. Schlieffen und des Generals v. Hahnke. Um 1 Uhr nahm der Kaiser eine große Anzahl militärischer Meldungen entgegen.

Bei dem Finanzminister v. Miquel findet am Donnerstag ein Diner statt, zu dem der Kaiser sein Erscheinen zugesagt hat.

Die Samoafrage

ist seit Sonnabend in ein neues ernsteres Stadium getreten. Während auf deutsche Initiative die drei Samoamächte darüber verhandelten, wie unter Absendung einer besonderen Kommission die Wirren friedlich gelöst werden könnten, haben inzwischen die englischen und amerikanischen Schiffe vor Apia neue Thatsachen geschaffen. Sie haben das Bombardement fortgesetzt und den Häuptling Tanu zum König „krönen" lassen. Dieses Vorgehen steht nicht nur in Widerspruch mit dem ausdrücklichen Wortlaut der Samoa-Akte, sondern auch mit den eben gemachten Versuchen, in Samoa friedliche Zustände zu schaffen. Und da die deutsche Regierung hierzu die Anregung gegeben und sich außerdem so versöhnlich verhalten hat, während die Haltung Englands auch das kleinste Entgegenkommen vermissen ließ, so würde auf die deutsche Regierung der Schein der Schwäche fallen, wenn sie diese Dinge ohne Widerspruch passiren ließe. Das ist nun nicht der Fall. — Aus den am Sonnabend durch den offiziösen Telegraphen verbreiteten Aeußerungen und der (im Auszuge von uns mitgetheilten) Note der „Nordd. Allg. Ztg." kann man besonders entnehmen, daß im Auswärtigen Amte nunmehr direkte Mittheilungen über die Vorgänge eingegangen sind, bei denen der amerikanische Admiral Kautz eine so seltsame und überaus eigenmächtige Rolle gespielt hat. Am meisten Entrüstung dürfte wohl sein Verhalten gegenüber dem Kapitän des deutschen Kriegsschiffes „Falke" hervorgerufen haben. Unsere Regierung, das hoffen wir indeß, wird gegenüber diesem Uebergriff auch weiter die rechten Schritte thun und auf einer entschiedenen Genugthuung bestehen. Die erwähnte Note der „Nordd." lautet in ihrem ganzen Wortlaute wie folgt:

Die neuen Kabelmeldungen aus Samoa über die Vertreibung der am 4. Januar von den drei Konsuln eingesetzten provisorischen Regierung ergänzen nur die früheren Telegramme. Danach hat ein Theil der fremden Vertreter in Apia in gewaltsamer Abänderung eines von der Gesammtheit derselben geschaffenen, ihren Regierungen gemeldeten und von letzteren bisher nicht aufgehobenen Beschlusses es unternommen, die Entscheidung des Obergerichts in Sachen der Königswahl zur Vollstreckung zu bringen, bevor die unter den Mächten eingeleitete Nachprüfung dieser Entscheidung vollendet war. Ob diese Exekution auf Antrag des Oberrichters erfolgt ist, ist nicht bekannt. Wie dem auch sei, ist die Vollstreckung eine direkte Verletzung sowohl des Samoa-Vertrages, der solche Exekutionen überhaupt nicht vorsieht und sogar jede separate Kontrolle einzelner der Mächte ausdrücklich verbietet, als auch des bekannten Nachtragsabkommens vom Jahre 1893, wonach das erste Erforderniß zu jeder durch Kriegsschiffe zu bewirkenden Exekution einer obergerichtlichen Entscheidung, neben dem Antrag des Obergerichts selbst, ein entsprechendes einstimmiges Ersuchen der drei konsularischen Vertreter ist. Der widerrechtlich durch die fremden Kriegsschiffe auf Samoa herbeigeführte Zustand kann nach den bereits vorliegenden Erklärungen der drei betheiligten Regierungen der Entscheidung der nach Samoa zu entsendenden Spezialkommission nicht präjudiziren. Die neuesten Erklärungen der großbritannischen und der amerikanischen Regierung gestatten keinen Zweifel darüber, daß beide sich auf den vertragsmäßigen Boden stellen.

Gleichzeitig bringt die „Post" einen Artikel, der sich einmal an die Adresse der englischen Hetzblätter, dann aber auch an diejenigen deutschen Blätter wendet, die in übertriebenem Patriotismus am liebsten Samoa gleich ganz einstecken möchten. Wir haben die Angelegenheit erst neulich unter ähnlichen Gesichtspunkten beleuchtet und können daher mit der „Post" einverstanden sein, wenn sie schreibt:

Könnten einzelne jener „Urtentonen," die die Welt mit ihren Klagen über die Haltung der Reichsregierung heute erfüllen, nur ein einziges mal in die wirklichen Verhältnisse der Kolonien hineinschauen, nur einmal die Schwierigkeiten überblicken, denen eine Großmacht wie Deutschland zu begegnen hat, so würden sie vielleicht anders urtheilen und die diplomatische Arbeit nicht, wie bisher, unnöthig erschweren. Man darf im Hinblick auf einzelne Angehörige dieser Kreise, die so schnellfertig urtheilen, wohl sagen: ein deutscher Kaufmann, der im Ausland emsig für den deutschen Absatz arbeitet, leistet mehr im besten Sinne „patriotische" Arbeit als in „Entrüstung" machende Redner, Schreiber und Resolutionsverfertiger. „Samoa rein deutsch" — denn das ist die Losung, die sie ausgeben — war schon für den Fürsten Bismarck ein unmögliches Programm; er selbst wäre wohl der erste, der heute eine Annexion als einen Fehler bezeichnen würde. Die Politik ist eben nicht Phantastik, sondern die Kunst des Erreichbaren. Es giebt Politiker, die sich so lange über angelsächsischen „Jingoismus" und romanischen „Chauvinismus" aufregen, bis sie selbst in ähnliche, wie die von ihnen so bitter getadelten, Anschauungen verfallen.

Nachdem durch die deutsche Regierung festgestellt ist, daß die ganze Aktion des Herrn Kautz und der Engländer zur Einsetzung Malietoa Tanus und zur Beseitigung der provisorischen Regierung Mataafa's, welch letztere rechtlich unanfechtbar war, einseitig, rechtswidrig und darum ungiltig gewesen ist, und daß die Regierung ihre Vertreter in London und Washington in diesem Sinne instruirt hat, ergiebt sich als natürliche Konsequenz dieses Standes der Rechtsfrage selbstverständlich die, daß alle seit Mitte März auf Samoa eingetretenen thatsächlichen Veränderungen ungiltig sind und die Sachlage, wie sie in der letzten gemeinsamen Proklamation der drei Konsuln vom 4. Januar festgelegt war, noch immer zu Recht besteht. Seit dem ersten Bekanntwerden der blutigen Vorkommnisse auf Samoa sind von seiten der amerikanischen Regierung sehr entgegenkommende Schritte geschehen, ferner ist der deutsche Vorschlag der Einsetzung einer Oberkommission, welche die örtlichen Funktionäre ihrer Macht entkleidet und eine ganz neue Sachlage auf Samoa schafft, von Amerika sofort, von England vor drei Tagen angenommen worden, und schließlich ist durch die Anerkennung des Prinzips der Einstimmigkeit für die Beschlüsse der Kommission dieses Prinzip auch für die bisherigen Vorgänge auf Samoa wieder hergestellt worden; alle Majoritätsbeschlüsse sind also hinfällig. Nach wie vor bietet also die Oberkommission den sicheren Boden, auf dem die Verhandlungen der drei Mächte fortgeführt und schließlich zu einem befriedigenden Abschluß gebracht werden können. Und daran wird durch einseitige rechtswidrige Maßregeln der gegenwärtigen Funktionäre auf Samoa nicht das Geringste geändert. Die wirkliche Entscheidung ruht bei den Regierungen in Berlin, Washington und London.

Inzwischen bringt das „Reuter'sche Bureau" folgende, am Freitag aus Apia in San Francisco eingegangene Depesche, in der über die Vorgänge auf Samoa in wesentlicher Uebereinstimmung mit den früher von demselben Bureau verbreiteten Nachrichten noch folgende Mittheilungen gegeben werden:

Am 23. März wurde der junge Tanu-Malietoa in Mulinu zum König von Samoa gekrönt. An der Feier nahmen Vertreter der Vereinigten Staaten und Englands theil. Nach der Ceremonie zog Tanu mit seinen Begleitern in feierlicher Prozession durch die Straßen Apias. An der Spitze des Zuges marschirte das Musikcorps der „Philadelphia". Die Vertreter Deutschlands waren in Apia nicht anwesend. — Admiral Kautz stellte während der ersten beiden Tage nach seinem Eintreffen in Apia eine Untersuchung über die Vorgänge an und berief sodann die Konsuln und die älteren Offiziere der Kriegsschiffe zu einer Konferenz. Das Ergebniß derselben war eine Proklamation des Admirals Kautz, in welcher erklärt wurde, daß die Regierung Mataafa's gegen den Berliner Vertrag verstoße und deshalb nicht anerkannt werden könne, und worin ferner die Anhänger Mataafa's aufgefordert wurden, sich ruhig nach Hause zu begeben und den Bestimmungen des Vertrages nachzukommen. In der Proklamation wurde noch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß gegen alle Leute, welche die Rechte der friedlich gesinnten Bevölkerung mißachten würden, die Kriegsschiffe mit Gewalt einschreiten würden. Die Autorität des Oberrichters Chambers wurde aufs neue bestätigt. Mataafa nahm die Proklamation entgegen, ohne etwas darauf zu erwidern, und begab sich sodann mit seinen Häuptlingen ruhig nach dem westlichen Theile von Apia. Der deutsche Generalkonsul Rose erließ indessen ebenfalls eine Proklamation, in der ausgeführt wurde, daß durch die Proklamation des Admirals Kautz bekannt gemacht worden sei, daß sich die drei Konsuln wie auch die drei Kommandanten der Kriegsschiffe einstimmig dafür entschieden hätten, die provisorische Regierung Mataafa's nicht mehr anzuerkennen. Er bringe deshalb zur öffentlichen Kenntniß, daß die Proklamation eine ganz falsche Behauptung enthalte; er erkenne nach wie vor die provisorische Regierung an, bis er gegentheilige Instruktionen von seiner Regierung erhalte. Diese letztere Proklamation erfolgte am 13. März. Die Leute Mataafa's bereiteten sich daraufhin zum Kampfe vor, indem sie erklärten, sie würden die Befehle des Admirals Kautz nicht befolgen. Am nächsten Tage schlossen sie Apia ein und die Lage nahm einen bedenklichen Charakter an. Britische und amerikanische Matrosen, insgesammt 175 Mann, sowie einige Schnellfeuergeschütze und kleinere Feldgeschütze wurden gelandet und Kapitän Sturdee übernahm auf das Ersuchen des Admirals Kautz das Kommando über die vereinigten an der Küste vertheilten Streitkräfte. Da Mataafa die an ihn ergangene Aufforderung unbeantwortet ließ, eröffnete die „Philadelphia" am 15. März das Feuer, der „Royalist" feuerte ebenfalls, während der „Porpoise" die Küste ein paar Meilen hinabfuhr und das Dorf Vainsu bombardirte, in welchem man große Streitkräfte der Mataafa-Leute vermuthete. Bei Anbruch der Dunkelheit griffen die Leute Mataafa's Apia an, die im Tivoli-Hotel stehenden Engländer erwiderten das Feuer; welche Verluste die ersteren erlitten haben, ist nicht bekannt. Gegen 2½ Uhr früh drangen die Eingeborenen plötzlich auf die britischen Wachmannschaften im Tivoli-Hotel ein, wo drei Matrosen getödtet und einer verwundet wurden. Die Verluste der Eingeborenen sind unbekannt. Auf Ansuchen der Engländer wurde nunmehr ein Maximgeschütz mit Bedienungsmannschaften von der „Philadelphia" nach dem britischen Konsulat gesandt. Am nächsten Morgen wurden an dreihundert Mann von der Tanupartei ihre auf dem „Porpoise" verwahrten Gewehre ausgehändigt, damit sie das Vorgelände säuberten. Der deutsche Kreuzer „Falke" wollte den Hafen in geheimer Mission verlassen; Admiral Kautz forderte den Kommandanten desselben auf, zu bleiben und sich bereit zu halten, den in Apia ansässigen Deutschen Hilfe zu leisten. Der „Falke" blieb am Donnerstag auf seinem Platze liegen. Am Freitag früh stürmten 200 Mann der Mataafapartei auf das britische Konsulat ein und kamen bis auf 30 Yards heran, wurden dann aber durch das Feuer der Engländer zurückgeworfen. Der britische General Cunliffe leitete hier die Operationen. Sonnabend und Sonntag vergingen ruhig. Der „Falke" hatte mehrere Tage lang durch seine Stellung das Feuern der britischen Schiffe so erschwert, daß sich Admiral Kautz schließlich genöthigt sah, den „Falke" zu ersuchen, auf der Innenseite des Hafeneingangs vor Anker zu gehen. Kautz erklärte in einem Interview, er halte die Proklamation des deutschen Generalkonsuls für eine schwere persönliche Beleidigung. (?) Seiner Ansicht nach sei eine provisorische Regierung im Berliner Vertrag gar nicht vorgesehen. Seine Instruktionen gingen dahin, daß er im Einklang mit den Ansichten der Majorität die Bestimmungen des Vertrags durchführen solle. Kautz ist äußerst aufgebracht über die Haltung des deutschen General-Konsuls, dem er die ganze Verantwortung für das Vorgehen der Leute Mataafa's zuschiebt. Nach der von Kautz einberufenen Konferenz hat, wie sich der Admiral weiter äußerte, Konsul Rose erklärt, daß er, nachdem er die provisorische Regierung anerkannt habe, von dieser Stellung nicht zurücktreten könne, so lange er noch keine Instruktionen von Berlin habe. Später habe Rose Kautz schriftlich mitgetheilt, deutsche Kriegsschiffe würden nur dann in Aktion treten, wenn das Eigenthum oder das Leben von Deutschen zu schützen sei oder falls das Obergericht Haftbefehle gegen deutsche Unterthanen erlassen sollte. Nach seinen Instruktionen würde Deutschland im übrigen militärisch nicht eingreifen. Er protestire dagegen, daß Kautz seine Proklamation erlassen habe, so lange von den Vertragsmächten noch keine Instruktionen eingegangen seien, und erinnere daran, daß der Kommandant des „Falke" keinen Beistand zugesichert habe.

Eine in Washington eingelaufene, nicht datirte Depesche des Admiral Kautz meldet, daß Malietoa-Tanu als König am 23. März eingesetzt wurde. In der Depesche heißt es weiter, daß seit dem 21. März kein Kampf stattgefunden habe.

In Amerika ist durch obigen Bericht das Interesse an der Frage aufs neue belebt worden. Die Regierungskreise in Washington drücken indessen, da sie noch keine amtlichen Nachrichten erhalten hatten, keinerlei Ansicht über das Vorgehen des Admirals Kautz aus, das dem deutschen Standpunkt geradeswegs entgegengesetzt war. Die Deutschland unfreundliche Presse erblickt in dem letzten Berichte den Beweis dafür, daß der deutsche Generalkonsul Rose allein für alle Wirren verantwortlich sei.

„New York Times" sagt, Admiral Kautz hätte recht gehabt, die Durchführung der Entscheidung des Oberrichters Chambers zu erzwingen; Deutschland müsse jetzt seinen Generalkonsul desavouiren. — Die „Tribune" sagt, die provisorische Regierung sei durch einen einstimmigen Beschluß der Vertreter der drei Mächte eingesetzt worden, und es sei deshalb eine gute Argumentirung, daß sie auch nur durch einen einstimmigen Beschluß abgesetzt werden könne. Deutschland könne sehr wohl behaupten, daß Admiral Kautz eilfertig oder ohne gehörige Vollmacht gehandelt habe. Da der letzte Zusammenstoß die Folge der Uneinigkeit der Konsuln gewesen sei, betont das Blatt die Nothwendigkeit der Harmonie zwischen den drei Mächten. Glücklicherweise hätten sich die Mächte dahin geeinigt, daß die Oberkommission nach einstimmigem und nicht nach Mehrheitsbeschluß vorzugehen habe. — Die „Evening Post" sagt, Generalkonsul Rose erscheine innerhalb seiner technischen und gesetzmäßigen Rechte stehend, doch hätte er wissen müssen, daß seine Gegenproklamation als Brandfackel wirken werde und Instruktionen von Berlin abwarten müssen.

Die meisten Blätter geben der Ansicht Ausdruck, daß die Oberkommission die ganzen Wirren beilegen werde.

„New York Sun" meint, die in der „Münchener Allgemeinen Zeitung" wiedergegebene Sprache des Botschafters White sei offenbar durch einen mehr unternehmenden und patriotischen, als genau arbeitenden Redacteur entstellt worden. White könne so indiskret nicht gewesen sein. Wenn englischer Einfluß am Werke sei, so müsse er nichtamtlich sein. England habe der Einsetzung der Oberkommission ja zugestimmt. Heute sei keine Wolke am Himmel. Handelsstreitigkeiten zwischen Deutschland, den Vereinigten Staaten und England mögen immerhin bestehen, doch seien ernste Reibungen nicht wahrscheinlich.

Der britische Botschafter in Washington, Pauncefote, theilte dem Staatssekretär Hay mit, daß der zweite Sekretär der Botschaft, Eliot, zum britischen Kommissar für Samoa ernannt wurde.

Nahe der Samoagruppe liegen die Tongainseln, auf denen jüngst Deutschland private Forderungen geltend zu machen hatte, aus welchem Umstande auf britischer Seite unbegründete Befürchtungen laut geworden waren. Nun meldete die „Times" in diesen Tagen, daß der Kapitän des englischen Kreuzers „Tauranga" und der englische Vicekonsul kürzlich ein Abkommen mit dem König abgeschlossen hätten, der sich danach verpflichtet, seine Souveränetätsrechte nicht aufzugeben, noch irgend einen Theil des Königreichs an eine fremde Macht abzutreten, zu verkaufen oder zu verpfänden; England verpflichtete sich dagegen, die Unabhängigkeit des Königreichs zu garantiren. Es ist nach der Lage der Dinge kaum zu erwarten, daß die „Freundschaftsinseln" zum Zankapfel werden, falls nicht etwa die gegenwärtigen Konsuln in Apia, zu deren Amtsbezirk Tonga gehört, am Ruder bleiben und ihre Streitigkeiten dorthin übertragen sollte. — Einer newyorker Meldung der „Frkf. Ztg." zufolge hätte England dem Häuptling der Freundschaftsinseln 25,000 Lstrl. bezahlt. Die Forderungen deutscher Handelshäuser, die 20,000 Pfund betragen, werden von England gedeckt. In Amerika wird die Erwerbung der Inselgruppe durch England als wenig freundschaftlich Deutschland gegenüber angesehen. Nach dieser Meldung erscheint das „Abkommen" Englands mit dem König der Inselgruppe in einem ganz anderen Lichte. Bemerkt sei noch, daß der Außenhandel des Archipels sich größtentheils in deutschen Händen befindet.

Reform der Strafprozeßordnung.

In einem Artikel der „Berl. Pol. Nachr." heißt es, die verbündeten Regierungen seien nach wie vor von der Reformbedürftigkeit der Strafprozeßordnung überzeugt; indeß könne nicht daran gedacht werden, in der jetzigen Uebergangszeit vom alten zum neuen bürgerlichen Rechte eine

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18990410018/fragment/page=0001

Strafprozeßnovelle praktisch zur Durchführung zu bringen. Die weiteren Aeußerungen des offiziösen Organs lauten folgendermaßen:

Nachdem in der Reichstagstagung 1895/97 die sogenannte Justiznovelle, um derentwillen die Tagung über zwei Jahre hingezogen wurde, hauptsächlich infolge der Meinungsverschiedenheiten über die Besetzung der Strafkammern der Landgerichte gescheitert war, haben die verbündeten Regierungen sich inzwischen bemüht, einige der darin behandelten Materien einzeln zur gesetzgeberischen Erledigung zu bringen. Mit der Entschädigung unschuldig Verurtheilter ist dies bereits in der vorigen Tagung gelungen, die Erstreckung des Vorrechts durch den Nachteid ist Gegenstand eines dem jetzigen Reichstage vorliegenden Entwurfes, und nach den bisherigen Berathungen ist die Hoffnung vorhanden, daß auch dieser Entwurf wird unter Dach und Fach gebracht werden können. Trotzdem also verschiedene Einzelheiten der früheren Justiznovelle auch auf einem anderen Wege zur Erledigung gebracht sind oder gebracht werden dürften, sind die verbündeten Regierungen nach wie vor von der Reformbedürftigkeit der Strafprozeßordnung überzeugt. Wenn von ihnen dem Reichstage in der gegenwärtigen Tagung keine Vorlage dieser Art gemacht ist, erklärt sich dies nach jetzt bekannt werdenden Aussagen des Staatssekretärs des Reichsjustizamts schon daraus, daß es während des letzten Jahres ausgeschlossen gewesen ist, die mit den umfangreichen Arbeiten zur Durchführung der Civilrechtsreform belasteten Justizverwaltungen der Bundesstaaten auch noch mit strafprozessualischen Reformfragen zu befassen. Ohnehin kann auch nicht daran gedacht werden, in diesem, dem nächsten und vielleicht auch noch dem übernächsten Jahre eine Strafprozeßordnung praktisch zur Durchführung zu bringen; denn eine solche Reform würde mancherlei Organisationsänderungen mit sich bringen, mit denen man in der jetzigen Uebergangszeit von dem alten zu dem neuen Bürgerlichen Rechte die Thätigkeit der Gerichte nicht stören darf. Die Regierung wird es nicht als unnütz ansehen, inzwischen zu erwägen, ob man an die Gesetzesrevision nicht von anderem Gesichtspunkte aus, vielleicht im Wege einer völligen Neugestaltung des Strafprozesses, herantreten sollte, um sicherer zu dem ersehnten Ziele zu gelangen.

Die Zwangserziehung in Preußen.

Seit Jahren gefallen sich die konservativen Bußprediger in Klagen über die Verrohung der Jugend als einer angeblich beständig stärker wirkenden Ursache der Vermehrung der Verbrechen. Da sollte man denn meinen, daß eine konservative Regierung der Spezialeinrichtung zur Behandlung jugendlicher Uebelthäter, der Zwangserziehung, eine ganz besondere Sorgfalt zuwendete. Aber was die kürzlich bereits erwähnte preußische Zuchthausstatistik hierüber mittheilt, giebt ein wenig tröstliches Bild. Die Zwangserziehung wird verhängt über Kinder und Jugendliche, die strafbare Handlungen begangen haben und entweder noch strafunmündig sind (unter 12 Jahren) oder sich schon zwischen 12 und 18 Jahren befinden, aber die „zur Erkenntniß der Strafbarkeit erforderliche Einsicht" noch nicht besaßen. Von der letzteren Art befanden sich Ende März 1898 530 Zöglinge in Zwangserziehung, die Jahreskosten betrugen 219,488 M., von der ersteren Art 10,687 mit 1,495,824 M. Kosten. Diese Zahlen geben sehr zu denken. Berechnet man bei den älteren Zöglingen die Kosten pro Kopf, so erhält man M. 414.13, bei den jüngeren hingegen nur M. 139.96. Kleine Kinder kosten weniger als große; die Familienpflege kann billiger sein als die Anstaltserziehung. Aber ein so ungeheurer Unterschied kann nicht anders erklärt werden, als daß bei den ganz kleinen Uebelthätern die Billigkeit der Erziehung auf Kosten ihrer Güte bevorzugt wird. Der Satz von M. 139.96 ist ein Durchschnitt; bei einer Anzahl dieser Kinder sind also die Erziehungskosten noch billiger. Aus einzelnen Provinzen hört man, daß Kinder für 100 M. und darunter an Familien ausgethan werden. Die „Frkf. Ztg." bemerkt zu diesen Thatsachen:

> Der Staat kann sich nicht damit entschuldigen, daß die Zwangserziehung der Kinder unter zwölf Jahren Sache der Provinzen ist und er nur an den Kosten theilzunehmen hat; die Regierung hat vielmehr dafür zu sorgen, daß durch eine derartige Vergebung an die Mindestfordernden nicht der Zweck der Zwangserziehung vereitelt werde. Da, wo der Staat die Kosten allein trägt und die Verwaltung selbständig führt, hat er es übrigens leicht, Geldmittel bereit zu stellen; denn die Zahl dieser Jugendlichen ist überaus gering. Alljährlich werden rund 50,000 Jugendliche verurtheilt, und in Zwangserziehung befinden sich 530! Einen deutlicheren Beweis dafür, wie nothwendig eine Aenderung unserer Reichsgesetzgebung ist, kann es kaum geben. Das Strafgesetzbuch geht von der Annahme aus, daß ein Kind von 12 Jahren und darüber die Einsicht besitzt, die zur Erkenntniß der Strafbarkeit erforderlich ist, und gestattet nur für die davon abweichenden Ausnahmefälle die Zwangserziehung. Richtig wäre das Umgekehrte: Kindliche Uebelthäter gehören in die Zwangserziehung, und nur ganz ausnahmsweise können unter ihnen einzelne Individuen aus Gefängniß reif sein. Man sehe sich nur um, was andere Staaten, wie z. B. England, mit einer pädagogisch richtig aufgefaßten Zwangserziehung an praktischen Erfolgen aufzuweisen haben. Aber selbst unter der Herrschaft des Reichsstrafgesetzbuches sind andere deutsche Staaten imstande gewesen, die Zwangserziehung besser auszugestalten, so Braunschweig, Baden, Hessen u. a. m. Wenn aber der größte deutsche Staat noch auf der pädagogischen Höhe steht, daß er die Erziehung kindlicher Uebelthäter zum Ressort der Zuchthausverwaltung rechnet, so sollte man sich billigerweise nicht darüber wundern, daß die Erziehungsresultate ebenso niedrig sind wie dieser Gesichtspunkt. Statt beständig über die Zunahme des jugendlichen Verbrecherthums zu jammern, sollte man lieber darauf bedacht sein, sich der modernen Erziehungsmittel zur Besserung zu bedienen.

Wenn dazu noch solche Verhältnisse kommen, wie sie erst kürzlich aus der Sächsischen Provinzial- und Erziehungsanstalt zu Moritzburg bei Zeitz berichtet wurden (s. Nr. 118 und 128 der „Saale-Ztg."), dann wird man den Wunsch nach einer gründlichen Reform auf diesem Gebiete nicht mehr von der Hand weisen dürfen.

Verwaltung und Rechtspflege.

* In den Stellungen der preußischen Regierungspräsidenten sind seit langer Zeit in einem Jahre nicht so viel Aenderungen vorgekommen wie im Jahre 1899. Mit Beginn des Jahres trat Herr v. Brauchitsch in Erfurt in den Ruhestand, ihm folgte bald darauf Herr v. Heppe in Trier und am 1. April die Herren v. Sommerfeld in Stettin und v. Arnim in Stralsund. Da außerdem Graf Clairon d'Haussonville in Kassel verstorben ist und in seine Stelle Herr v. Trott in Koblenz versetzt wurde, so mußten schon 6 Präsidentenstellen neu besetzt werden. Am 1. Juli werden noch Herr v. Tiedemann in Bromberg und, wie jetzt bekannt wird, auch Herr Schulz in Hildesheim ausscheiden. Einige andere tragen sich, wie man hört, gleichfalls mit Rücktrittsgedanken.

* Die koblenzer Duellaffäre liefert wieder einmal einen Beleg dafür, wie trotz des Duellerlasses vom 1. Januar 1897 die Gesetze gerade von den Kreisen mit Füßen getreten werden, denen der Gehorsam gegen die Gesetze und gegen die Anordnungen ihrer Vorgesetzten die höchste Pflicht sein soll. Es paßt schlecht zu dieser Mißachtung des Gesetzes, wenn dieselben Leute gegen andere Klassen der Gesellschaft strenge Ausnahmegesetze fordern, wie sie auch die angekündigte Zuchthausvorlage allem Anschein nach bringen wird. In dem koblenzer Fall ist charakteristisch, daß zwischen Beleidigung und Duell nur 36 Stunden verflossen sind. Es scheint danach ausgeschlossen zu sein, daß inzwischen ein ehrengerichtliches Verfahren stattgefunden hat, wie es der kaiserliche Duellerlaß vorschreibt, obwohl beide Duellanten der Armee angehörten. Und wenn manche Leute das Duell als eine Art göttlichen Gerichts hinstellen, so erfährt auch das eine eigenartige Beleuchtung durch die Thatsache, daß in diesem Falle der Beleidigte durch seinen Beleidiger erschossen worden ist.

Volkswirthschaftliches.

* Der Ausschuß der preußischen Aerztekammer hat sich in seiner letzten Sitzung mit der Medizinalreform beschäftigt und kam dabei zu folgender herben Kritik des kürzlich dem Landtage zugegangenen Gesetzentwurfs über die Dienststellung der Kreisärzte:

> „Der Ausschuß ist einstimmig der Ansicht, daß der Gesetzentwurf in der Form, wie er dem Landtage vorgelegt wurde, werthlos und unannehmbar sei, nur geeignet, die nothwendige Umgestaltung des preußischen Medizinalwesens zu vereiteln, oder doch auf unbestimmte Zeit hinausschieben. Eine Erhöhung der Besoldung der Medizinalbeamten, die allerdings geboten sei, könne, wenn man weiter nichts wolle, ohne Gesetz verwirklicht werden!"

* Die Handelskammer in Breslau hat eine Petition wegen des Mittellandkanals an das Abgeordnetenhaus gerichtet. Zu einer vollständigen Ablehnung des Projekts, die, wie in der Eingabe ausdrücklich bemerkt wird, das Nächstliegende und ganz zweifellos das Vortheilhafteste für Schlesien sein würde gelangt die Eingabe nur deswegen nicht, weil sie prinzipiell jeder Förderung des Verkehrswesens geneigt sei; sie fordert aber als das Mindeste, was zu gewähren sei, daß auch dem Osten die wirthschaftliche Entfaltung seiner Kräfte durch eine hinter dem Westen der Monarchie wenigstens nicht allzu stark zurückbleibende Entwicklung der Verkehrswege ermöglicht werde. Es werden dann die bekannten Kompensationen für Schlesien verlangt.

* Eine Petition um Berücksichtigung der jüdischen Feiertage bei Festsetzung von Messen und Märkten hat der Landtagsabgeordnete Dr. Max Hirsch auf Veranlassung des deutsch-israelitischen Gemeindebundes dem Minister des Innern persönlich überreicht. Die Petition hat folgende Vorgeschichte: Der Magistrat der Stadt Kottbus nahm in früheren Jahren bei Festsetzung der Frühjahrs- und Herbstmärkte auf die jüdischen Feiertage Rücksicht und erfuhr deshalb zahlreiche Angriffe. Im November v. J. wurde der Herbstjahrmarkt 1899 auf einen Termin festgesetzt, der mit dem jüdischen Neujahrsfest zusammenfällt. Trotz der, von den Interessenten der jüdischen Synagogengemeinde und deren Prediger beim Magistrat sowie bei der Regierung in Frankfurt a. O. unternommenen Schritte gelang es nicht, eine Verlegung des Jahrmarktes zu erwirken. Endlich legte sich der deutsch-israelitische Gemeindebund ins Mittel und veranlaßte die Abg. Dr. Hirsch und Rickert zur Abfassung der vorerwähnten Eingabe. Der Minister hat die erwähnte Petition wohlwollend unter Zusage sorgfältiger Prüfung entgegengenommen. Sollte es, äußerte er sich, nach Lage der Sache in diesem Falle zu spät sein, eine Aenderung zu treffen, so werde er gewiß für die Zukunft die Angelegenheit im Sinne der Petenten regeln und den zuständigen Behörden eine Berücksichtigung der hohen jüdischen Feiertage anempfehlen.

Parteinachrichten.

* Freiherr v. Hammerstein, der ehemalige konservative Parteiführer, wird am 26. Juni aus der Strafanstalt Moabit entlassen. Das gegen ihn am 22. April 1896 nach 113 tägiger Untersuchungshaft wegen Betrugs und Urkundenfälschung gefällte Urtheil, lautend auf drei Jahre Zuchthaus, 1500 M. Geldstrafe oder noch 100 Tage Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust, wurde erst am 26. Juni 1896 rechtskräftig, da an diesem Tage die von dem Verurtheilten eingelegte Revision vom Reichsgericht verworfen wurde. Um Herrn v. Hammerstein die Verbüßung der noch 100 Tage Zuchthaus zu ersparen, haben Freunde seiner Familie die Summe von 1500 M. aufgebracht. Nach der „Volksztg." wäre sogar in Aussicht genommen, dem Freiherrn seine Werthsachen zum Geschenk zu machen. Diese sind bald nach seiner Einlieferung in die Moabiter Strafanstalt zur Deckung der Gerichtskosten in öffentlicher Zwangsversteigerung veräußert worden und zwar brachten sie einen Erlös von insgesammt 111,70 M. Das Geld floß in die königl. Gerichtskasse. Im übrigen ist es noch fraglich, ob Herr v. Hammerstein nach seiner Strafverbüßung mit seiner Familie in Friedenau verbleiben oder nach dem Ausland gehen wird.

* Nach der der sächsischen sozialdemokratischen Landesversammlung vorgelegten Aufstellung sind gegenwärtig in 333 von den 3250 Stadt- und Landgemeinden des Königreichs Sachsen 809 sozialdemokratische Gemeindevertreter; außerdem ist ein Sozialdemokrat Mitglied des Stadtrathes (in Wurzen) Die absolute Mehrheit haben die Sozialdemokraten in den Gemeindevertretungen von Röderau (9 von 14 Mitgl.), Thalheim (9 von 16 Mitgl.) und Pausa (12 von 16 Mitglieder). In Johanngeorgenstadt besteht die Hälfte der Gemeinderathsmitglieder (8 von 16) aus Sozialdemokraten. In Anbetracht des Umstandes, daß in dem industriellen Sachsen die Fabrikbevölkerung, auch auf dem Lande, einen großen Prozentsatz der Einwohnerschaft ausmacht, kann man nicht sagen, daß die eifrig betriebene Propaganda der Sozialdemokraten bei den Gemeindewahlen besonders auffallende Fortschritte gemacht hätte. Deshalb glaubte auch die Landesversammlung einen entreidenden Beschluß fassen zu müssen.

Parlamentarisches.

* Die mühlhäuser Landtags-Ersatzwahl für Freiherrn von Zedlitz findet am 27. April statt.

Schule und Kirche.

* Der Kultusminister hat, unter Anerkennung der bisherigen Verdienste der nebenamtlichen Kreisschulinspektoren, in einem Schreiben die Nothwendigkeit hervorgehoben, daß auch im Posener, wie im Bromberger Bezirke nur hauptamtliche Kreisschulinspektionen eingerichtet werden sollen. Die Gründe für diese Maßnahmen liegen auf nationalpolitischem Gebiet. Gerade in den gemischtsprachigen Distrikten verlangt dieses Amt eine volle Arbeitskraft. Im Regierungsbezirk Posen gab es im Jahre 1898 29 ständige Kreisschulinspektionen, dagegen 28 im Nebenamte verwaltete Kreisschulinspektionen, von denen zwei unbesetzt waren. Zur Bromberger Bezirke gab es 15 ständige und 21 nebenamtliche Kreisschulinspektionen. Es würden also 49 neue hauptamtliche Kreisschulinspektionen geschaffen werden.

* Nicht blos die Stellen der Staatssekretäre und Ministerialdirektoren wollen die Ultramontanen nach den Grundsätzen der „Parität" besetzt sehen, sondern auch die weniger einflußreichen und gutdotirten der — Quintaner und Quartaner. Der „Germania" geht aus Kontitz in Westpreußen eine gar bewegliche Klage zu, worin auseinandergesetzt wird, daß diesmal zu Ostern von 235 Schülern nur 213 versetzt und 122 ältere geblieben sind. Das wird noch spezialisirt: von 51 Sextanern sind nur 39 versetzt, von 46 Quintanern nur 32 usw. Der Nothschrei schließt: „Kein Wunder, daß viele katholische Schüler die hiesige Anstalt verlassen und aus Opportunitätsrücksichten andere, leider zum Leidwesen vieler Eltern protestantische Gymnasien aufsuchen." Aus der Gegenüberstellung zu den „leider zum Leidwesen vieler Eltern protestantischen Gymnasien" erfahren wir, daß es sich in Kontitz um eine zur Freude vieler Eltern katholisches Gymnasium handelt. Da ist in der That das Uebel an der Wurzel gefaßt. Wenn auf dem protestantischen Gymnasium zu Graudenz günstigere Versetzungsresultate erzielt werden, so müssen entsprechend günstige Resultate auch in Kontitz hergestellt werden; wollen das nächste mal die Kontitzer mehr versetzen, so muß auch Graudenz zur Freude von Karthen Mießnick und Genossen einige Prozente mehr hinüberschieben. Ueberhaupt, es müssen im ganzen Reiche die katholischen und protestantischen Sextaner sich an Zahl und bei der Versetzung genau so verhalten, wie die konfessionellen Bevölkerungsziffern überhaupt, desgleichen auch die Quintaner usw. bis hinauf zum Abiturienten, Schulamtskandidaten, Arzt und Minister. Daß Versetzungen und Aemter nach Begabung und Fleiß vertheilt werden, diese Einrichtung muß abgeschafft werden; denn auf diesem Wege giebt es nie wirkliche Parität.

Kolonialangelegenheiten.

* Die Regelung des Zollwesens in Kiautschou ging von der Annahme aus, daß die Freigabe der Einfuhr in das deutsche Pachtgebiet erst dann von entscheidendem Vortheile sei, wenn die Möglichkeit geschaffen werde, die Waaren weiterhin unter günstigen Zollverhältnissen über die chinesische Grenze zu bringen. Aehnliche Rücksichten wurden auch auf den Ausfuhrhandel von Kiautschou genommen. Dies hatte zur Folge, daß mit der chinesischen Seezollverwaltung die Errichtung eines chinesischen Zollamtes im Pachtgebiete, nahe dem Landungsplatz der Schiffe, vereinbart wurde, wodurch der Kaufmann Zeit und Kosten eines doppelten Aufenthalts und einer zweimaligen Zollbehandlung der Waaren spart. An die Spitze des Zollamts ist jetzt ein Deutscher getreten, der im Dienste der chinesischen Seezollverwaltung steht. Auch das übrige europäische Personal soll regelmäßig aus Deutschen bestehen. Im Verkehr des Zollamts mit den deutschen Behörden und deutschen Kaufleuten findet die deutsche Sprache Anwendung; Kaufleute anderer Nationen, die sich in Tsintau niederlassen, können ihre eigene Sprache anwenden; auch ist Korrespondenz in chinesischer Sprache gestattet. Machen Streitigkeiten eine gerichtliche Verhandlung nothwendig, so ist für dieselbe das deutsche Gericht in Kiautschou zuständig.

* Zum „Fall Effer" theilt die „Tgl. Rdsch." heute mit, daß Herrn Dr. Wagner (der die Sache s. Z. zur öffentlichen Kenntniß brachte) schon vor längerer Zeit von gewisser Seite (?) eine Geldsumme angeboten ist, durch die sein Schweigen erkauft werden sollte. Herr Dr. Wagner habe dies selbstverständlich zurückgewiesen, denn er glaube dem erwähnten Treiben gegenüber sich nun auch von den bisher geübten Rücksichten entbunden und habe sich, schon um Mißdeutungen zu begegnen, veranlaßt, in einer demnächst erscheinenden Druckschrift sein Material der Oeffentlichkeit zu unterbreiten. Das scheint ja noch sehr interessant zu werden!

* Ueber die Rhodes'sche Querbahn durch Deutsch-Ostafrika ist noch vielfach die Ansicht verbreitet, daß dieselbe von der Südgrenze des Schutzgebietes bis zur Nordgrenze gebaut werden sollte. Das ist ein Irrthum. Auf einer von Rhodes inspirirten Karte der „Daily Mail" sind seine Eisenbahnpläne eingetragen. Danach geht die Bahn von Bulawayo nach Abercorn am Südwestufer des Tanganyika. Auf diesem See, der 600 Kilometer lang ist, wird Dampfschiffahrt eingerichtet und dann geht die Bahn vom Nord-Tanganyika auf einer Strecke von etwa 300 Kilometer Luftlinie durch deutsches Gebiet.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Vertrauensmännerkonferenz der deutschen Oppositionsparteien, die die gemeinsam zu vertretenden national-politischen Forderungen der Deutschen formuliren soll, hat am Sonntag in Wien stattgefunden und einen durchaus glatten Verlauf genommen. Die Referenten für die einzelnen Kronländer brachten ihre Referate und Anträge zur Verlesung. Die einzelnen Referate werden einem Subkomitee von sieben Mitgliedern zugewiesen, welches sie zu einem Gesammtreferat vereinigen und in einigen Wochen seine Anträge der Vertrauensmänner-Konferenz vorlegen wird.

Das „Militärverordnungsblatt" meldet die Enthebung des Corpskommandanten in Prag, Grafen Gruenne, von seinem Posten und die Versetzung des Corpskommandanten in Kaschau, Fabini, in gleicher Eigenschaft nach Prag, sowie die Ernennung des Feldmarschallleutnant Pokorny zum Corpskommandanten in Kaschau.

In Görz sind 38 Katholiken zum evangelischen Glauben übergetreten, darunter ein Sohn des angesehenen Bauunternehmers Cecconi mit seiner ganzen Familie, sowie mehrere bekannte Bürgerfamilien. Auch aus der Umgebung von Görz sollen beim evangelischen Pfarrer in Görz bereits mehrere Anmeldungen eingetroffen sein, namentlich aus gewerblichen Kreisen. — Von der in Saaz bisher aus der katholischen Kirche Ausgetretenen meldeten sich achtzig beim dortigen Pastor zum Eintritt in die evangelische Kirche.

Der junge, sehr begabte slovenische Dichter Kankar gab dieser Tage einen Band Gedichte heraus. Der Inhalt kam dem Fürstbischof Dr. Jenglic entsetzlich vor, weshalb er den Verleger bestimmte, ihm sämmtliche noch vorräthigen Exemplare zu verkaufen, die dann alle im Bischofspalais verbrannt wurden.

Heute beginnen in Zara die Bischofskonferenzen, bei denen die seit langem schwebende Frage der slavischen Liturgie gelöst werden soll. Die Entscheidung hierüber ist noch keineswegs sicher, da die Bischöfe von Cattaro und Ragusa für den Gebrauch der Glagolita sind, während die Bischöfe von Sebenico, Spalato und Zara dagegen sind. Der Bischof von Lessina ist noch unentschlossen.

Frankreich.

Ministerpräsident Dupuy hielt am Sonntag in Puy bei dem Bankett, das seine Wähler ihm zu Ehren veranstaltet hatten, eine Rede, worin er hervorhob, daß die allgemeine politische Lage Frankreichs zufriedenstellend sei. Das Kabinet wolle sich ausschließlich auf eine rein republikanische Majorität stützen und beginnstige ohne Hintergedanken die Vereinigung der Republikaner. Die Republik fürchte nichts von den faktiösen Ansprüchen einzelner Persönlichkeiten, die von einem Plebiszit zu Gunsten der phantastischen Wiederherstellung früherer Regierungsformen träumen. Die unter Ausschluß jedes fremden Einflusses erfolgte Wahl eines zuverlässigen Republikaners zum Präsidenten der Republik bezeuge vor Europa die Dauerhaftigkeit und Lebensfähigkeit der Republik. Sodann legte der Redner dar, daß auch die wirthschaftliche Lage gut sei. Er beglückwünsche sich zu dem französisch-italienischen Uebereinkommen, das normale Beziehungen zwischen zwei Nationen wiederhergestellt habe, die dazu geschaffen seien, sich gegenseitig zu verstehen. Dupuy erinnerte sodann an das jüngste Niger-Abkommen, das Frankreich im Nordwesten Afrikas ein wirkliches Kolonialreich sichere. Der Faschoda-Zwischenfall sei beigelegt zum Besten der Interessen Frankreichs. Redner erwähnt die für die Sicherheit der Kühnen und Kolonien getroffenen Maßnahmen und fügt hinzu, Frankreich könne Vertrauen haben, die Unruhe sei nur auf der Oberfläche, unter der bewegten Oberfläche herrsche Ruhe und Sicherheit. Zur Dreyfus-Angelegenheit übergehend, führte der Ministerpräsident aus:

> „Wir können jetzt ihr Ende absehen. Sie wird gelöst werden durch den Kassationshof, dessen Urtheil sich alle fügen müssen,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18990410018/fragment/page=0002

denn der Kassationshof wird seinen Spruch nach Recht und Gerechtigkeit fällen. Wir verdammen die Polemiken, die die nationale Armee in die Angelegenheit verwickeln. Alsbald nach dem Urtheilsspruch wird die Verantwortlichkeit der Einzelnen festgestellt werden und die Sühne wird folgen, wenn solche nothwendig ist. Aber diese Sühne und die Strafe für die Verfehlungen Einzelner werden nicht die Armee als solche berühren, die große Familie, die alle Söhne des Vaterlandes in sich schließt, die die Sicherheit ist der Gegenwart und die Hoffnung der Zukunft, die Hüterin der Unabhängigkeit, der Verfassung und der Gesetze. (Langanhaltender Beifall.) Die anders denken, sind Feinde des Vaterlandes. Ueberlassen wir sie ihrer strafbaren Thorheit und bleiben wir gegen die nationale Armee voll Dankbarkeit und Vertrauen."

Nach den Veröffentlichungen der letzten Tage in der Angelegenheit Dreyfus ist auch der letzte Zweifel daran beseitigt, daß Alfred Dreyfus unschuldig, und daß er im Jahre 1894 thatsächlich durch ein unerhörten Beeinflussungen ausgesetztes, durch falsche Zeugnisse irregeführtes Kriegsgericht des Vaterlandsverraths schuldig befunden wurde. Wie der „Temps" vom Sonnabend mittheilt, verlangt Develle, dessen Aussagen vor der Kriminalkammer der General Roget widersprochen hat, eine Untersuchung, um die Richtigkeit seiner Aussagen zu beweisen. Develle begab sich am Sonnabend in das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, und, da der Minister des Aeußern von Paris abwesend ist, von dort in das Kriegsministerium, wo er vom Kriegsminister empfangen wurde. Develle ersuchte den Minister, in den Archiven nach einem Schriftstück suchen zu lassen, von welchem er im Jahre 1893 Kenntniß gehabt hatte. Die Anklage des oxforder Professors Conibeary gegen Boisdeffre, den er direkt der Theilnahme an dem Verrathe Henry's und Esterhazy's beschuldigt, erregt das größte Aufsehen. Im Dreyfuslager war ein ähnlicher Verdacht schon längst aufgetaucht, doch wagte niemand ihn auszusprechen. Die Meldung, daß angesichts der bisherigen Enthüllungen mehrere Militärrichter, die im Dreyfus-Prozeß mitgewirkt haben, den Präsidenten Mazeau um ihre Vernehmung ersuchten, wird bestätigt. Nach der gestern von uns wiedergegebenen Aussage des Artillerie-Obersten Hartmann vor dem Kassationshofe, der der Aussage Roget's durchaus widerspricht und ausdrücklich erklärt, das Bordereau könne gar nicht von Dreyfus herrühren, kann das Endurtheil des Kassationshofes kaum noch zweifelhaft erscheinen. Auch läßt der ebenfalls von uns bereits mitgetheilte Urtheilsspruch gegen den Chefredacteur und den verantwortlichen Redacteur des „Figaro" zu je 500 Francs wegen der Veröffentlichungen aus den Akten über die Verhandlungen des Kassationshofes deutlich erkennen, daß auch die Gerichte jetzt schon „billigeres" Recht sprechen. Uebrigens hätte, wie mehrere pariser Blätter mittheilen, der Minister des Aeußeren, Delcassé, die Veröffentlichung der Schriftstücke im „Figaro" veranlaßt. — Inzwischen setzt der „Figaro" seine Veröffentlichungen fort. In der Sonntags-Nummer brachte er die Aussagen der Generale Mercier und Billot, die naturgemäß beide ihrer Ueberzeugung von Dreyfus' Schuld Ausdruck geben.

Max Regis wurde am Sonntag vormittag in Algier wegen einer tags zuvor gehaltenen heftigen Rede, worin er den Gouveneur von Algerien und den Präfekten von Algier angegriffen hatte, verhaftet.

Italien.

Im Senat theilte am Sonnabend der Präsident mit, daß Di Camporeale und Vitelleschi-Nobili eine Interpellation an die Regierung zu richten wünschen, um zu erfahren, ob die Regierung Kenntniß von einem englisch-französischen Abkommen habe, durch welches Frankreich ein eventueller Besitz im Hinterlande von Tripolis zugesichert wird, und welche Schritte die Regierung demgegenüber gethan habe oder zu thun gedenke. Ministerpräsident Pelloux verlangt, daß die Interpellation auf die nächste Sitzung verschoben werde. Die Interpellanten geben über die Absicht der Vertagung ihrem Bedauern Ausdruck. Ministerpräsident Pelloux erwidert, die Regierung gebe zu, daß die Fragen bezüglich Tripolis für Italien von größter Bedeutung seien und daß sie, wie es ihre Pflicht sei, diesen Fragen ihre ganze Aufmerksamkeit schenke, es erscheint ihm aber nicht dringend nothwendig, daß die Interpellation sofort und nicht erst in der nächsten öffentlichen Sitzung des Senats verhandelt werde. Er besteht deshalb darauf, daß die Interpellation vertagt werde, und der Senat schließt sich dem Wunsche des Ministerpräsidenten an.

Der König und die Königin werden nicht, wie bisher beabsichtigt war, heute, sondern erst am Dienstag nach Sardinien abreisen. — Das französische Geschwader ist bereits am Sonntag um 3 Uhr nachmittags bei Cagliari eingetroffen.

Wie die „N. Fr. Pr." berichtet, hat in Bergamo der dort gefeierte Kanzelredner Pater Antonio Pio Luddi, als er den päpstlichen Ostersegen verkündete, die Gnade Gottes und die Güte des Himmels auf den König, die Königin und das ganze königliche Haus herabgerufen und um Ruhm für die italienische Trikolore gefleht. Die Sache macht weit über das Weichbild Bergamos hinaus Aufsehen. Die Intransigenten unter den Klerikalen können sich gar nicht fassen. Sie zweifeln daran, daß Pater Luddi mit Ermächtigung des Papstes gesprochen habe. Im liberalen Lager ist man jedoch davon überzeugt. Jedenfalls ist es nicht ohne politische Bedeutung, daß ein italienischer Geistlicher ein so patriotisches Gebet spricht.

Die bei der Regulirung des unteren Po beschäftigten 600 Arbeiter traten in den Ausstand wegen Lohnstreitigkeiten mit der sozialistischen Baugenossenschaft, die die Erdarbeiten paqtweise übernommen hat. Militär ist zur Aufrechterhaltung der Ordnung, die bisher nicht gestört wurde, abgegangen.

Spanien.

Der „Espanol" meint, die karlistische Bewegung bezwecke hauptsächlich einen Wechsel in der Person des Parteiführers in der Richtung, daß ein neuer Parteiführer gewählt werde. Der Minister des Innern ist auch der Ansicht, daß die aus dem Norden des Landes und Andalusien signalisirte karlistische Agitation nur eine vorübergehende sei und keine ernsten Folgen haben würde, denn es fehle ihr an Theilnehmern; bis jetzt lasse nichts auf eine bevorstehende Erhebung schließen. — Dem „Imparcial" zufolge wäre die Reise Don Jaime's nach Paris zu dem Zwecke erfolgt, Verhandlungen wegen Aufnahme einer Anleihe zum Abschluß zu bringen.

Der Ministerrath genehmigte einen Gesetzentwurf, durch den es für unzulässig erklärt wird, daß obrigkeitliche Personen oder Militärs bis zum Range eines Generals das Deputirtenmandat ausüben.

Türkei.

Der Oberkommissar von Kreta, Prinz Georg, ist keineswegs auf Rosen gebettet. Er hat vier Schutzmächte und einen Souzerain über sich und ein nach möglichster Selbständigkeit drängendes Volk unter sich. Die Interessen der Schutzmächte kreuzen einander die Wege, der Sultan folgt mißtrauisch den Versuchen, den letzten Rest seiner Autorität auszuschalten, und zu alledem ist die mohammedanische Minderheit im Lande theils beängstet, theils eine Drohung zu Einmischungsversuchen. Nach Meldungen aus Athen wird der fünfgliedrige kretische Administrationsrath aus vier Christen und einem Mohammedaner bestehen. Die Absicht, den bekannten russischen General Orlow in diesen Administrationsrath zu berufen, wurde fallen gelassen. Die Ernennung der Mitglieder der neuen Regierung soll nach der Proklamirung der neuen Verfassung, wahrscheinlich am griechischen Osterfeste, proklamirt werden. Die Kretenser möchten dieser Institution gern den Charakter eines Ministeriums geben, und Prinz Georg scheint auch seinerseits das Verlangen zu hegen, die „Selbständigkeit" Kretas stärker accentuirt zu zu sehen. Die „Pol. Corr." meldet aus Athen, Prinz Georg scheine den Plan einer Reise nach Konstantinopel fallen gelassen zu haben. Prinz Georg habe den Wunsch geäußert, die Vertreter der Mächte auf Kreta möchten den Charakter diplomatischer Agenten erhalten; vorläufig seien jedoch keine Anzeichen vorhanden, daß die Mächte zur Erfüllung dieses Wunsches geneigt sind.

Nach Meldungen aus Kossowo herrscht im dortigen Vilajet vollständige Anarchie. Die Arnauten plündern und morden. Da die Pforte keine Maßregeln ergreift, sind schwere Folgen zu befürchten.

Rußland.

Das Universitätsleben in Rußland ist völlig lahm gelegt. Sämmtliche Hochschulen des Reiches sind geschlossen, sämmtliche Studenten exmatrikulirt. Da die petersburger Studentinnen sich der Ausstandsbewegung angeschlossen hatten, ist auch die dortige Hochschule für Mädchen und Frauen geschlossen worden. Von ungefähr 1000 Studentinnen wurden 206 endgiltig aus den Listen gestrichen und verpflichtet, binnen drei Tagen Petersburg zu verlassen und sich in ihre Heimath zu begeben. Die Verhaftungen der Studenten dauern fort. Die Verhafteten werden als politische Verbrecher ins Gefängniß gebracht. Das große Speisehaus der Studenten, wo die Versammlungen abgehalten werden, besteht noch; seine Schließung würde die Unzufriedenheit aufs äußerste steigern, da die Studenten keinen Ersatz für die billige Verpflegung hätten. In Warschau scheint indessen bereits eine mildere Praxis Platz gegriffen zu haben. Wenigstens wird der „Voss. Ztg." aus Warschau telegraphirt, der größte Theil der Studenten der dortigen Universität, über die anläßlich der letzten Unruhen harte Strafen verhängt worden waren, seien begnadigt worden; 120 Studenten, die von allen Universitäten Rußlands ausgeschlossen, überdies aus der Provinz Polen verbannt waren, erhielten die Erlaubniß, nach Warschau zurückzukehren. Von acht Studenten, die auf die Citadelle gebracht wurden, um als politische Verbrecher behandelt zu werden, sind sechs bereits enthaftet.

Gegen den Alkoholismus in Petersburg hat die Regierung eine originelle Maßregel ergriffen: 25,000 Schnapsschänken wurden aufgehoben und durch Schänken ersetzt, die unter staatlicher Kontrolle stehen und in der Hauptstadt gleichmäßig vertheilt sind. In diesen werden nun kleine Fläschchen mit einem behördlich gestempelten Verschlusse abgegeben; natürlich wird auch der Alkohol selbst unter staatlicher Aufsicht hergestellt. Der Konsument erhält immer nur ein Fläschchen und wird unnachsichtig abgewiesen, sobald er nur den geringsten Grad von Trunksucht verräth.

In den von der Mißernte betroffenen Gebieten herrscht große Sterblichkeit, insbesondere verbreitet sich im Gouvernement Samara der Skorbut, der in mehr als 150 Ortschaften wüthet.

Das „Reuter'sche Bureau" erfährt, die zwischen der britischen und russischen Regierung gegenwärtig mit Erfolg geführten Verhandlungen umfaßten außer den das chinesische Reich betreffenden Fragen auch die zwischen England und Rußland bereits bestehenden oder event. zu gewärtigenden Fragen in anderen Welttheilen.

Asien.

Der Gedanke einer Theilung Chinas wird nun auch von der petersburger „Now. Wr." mit großer Entschiedenheit zurückgewiesen. Den Anlaß zu diesem Protest giebt die englische Meldung, daß die Regierung Großbritanniens Rußland derartige Anträge gemacht habe, aber unbedingt abschlägig beschieden worden sei. Ob etwas ähnliches passirt sei, könne sie, die „Now. Wr.", natürlich nicht wissen, unbedingt richtig aber sei es, daß auf einen derartigen Antrag eine solche Antwort erfolgen würde. Das Blatt sagt dann: „Mehr als je hat Rußland in diesem Augenblicke ein Interesse an der Aufrechterhaltung des status quo im Reiche der Mitte, welches unseren asiatischen Besitzungen unmittelbar benachbart ist. Die „Theilung" Chinas verspricht uns weder kommerzielle Vortheile, sie verspricht nur Eines: eine große Erregung in dem ganzen, zur Zerstückelung bestimmten Lande, das heißt ebenso in der Mandschurei, wie im Thale des Yangtsekiang, und zwar mit der angenehmen Komplikation, daß wir — ob wir nun wollen oder nicht — die begonnene mandschurische Bahn weiterführen müssen, während England durchaus nicht gezwungen wäre, mit dem Aufstand am Yangtsekiang zu rechnen. Durch die „Theilung Chinas" würden die Kräfte Rußlands im Osten auf lange paralysirt, und die englische Politik erhielte für ihre Handlungen in Südpersien, auf welches seine Aufmerksamkeit offenbar übergeht, völlig freie Hand." Die französischen und russischen Schutztruppen haben am Sonnabend Peking verlassen. — Einer amtlichen Mittheilung zufolge wird die formelle Besitznahme des von England in der Nachbarschaft von Hongkong gepachteten Gebiets am 17. d. M. statthaben.

In der Provinz Tschun-Tschöng in Korea wurde die französische Mission zerstört. Ein Priester wurde fortgeschleppt. Koreanische Truppen wurden nach dem Orte, wo die Ausschreitungen stattfanden, abgesandt.

Von den Philippinen ist in Washington ein Telegramm eingetroffen des Inhalts, daß Aguinaldo seine Armee nördlich von Malolos konzentrire. Nach einem weiteren Telegramm aus Manila ist der amerikanische General Lawton am Sonnabend mit 1500 Mann und drei Kanonenbooten von Manila südwärts vorgerückt.

Afrika.

Aus Harrar erfährt der kairenser Korrespondent der „Daily Mail", Menelik habe das Ansinnen Frankreichs, daß alle aus Abessynien ausgeführten Waaren den französischen Hafen Dschibuti passiren sollen, absolut abschlägig beschieden. Er habe sich auch geweigert, Rußland zu gestatten, die abessynische Armee mit russischen Offizieren zu organisiren. Da Rußland ermangelte, durch andere Mittel in den Besitz von Raheita zu gelangen, machte es Menelik den Vorschlag, er solle Italien in der Berichtigung der erythräischen Grenze Zugeständnisse machen unter der Bedingung, daß Italien Raheita an Abessynien übertrage. Menelik könne dann Raheita an Rußland abtreten. Der Negus verwarf diesen Vorschlag mit dem Bemerken, daß, wenn Italien Raheita aufgebe, es an Aegypten fallen würde. In der vollen Erwartung, die jetzt verweigerten Zugeständnisse zu erlangen, hatte Rußland Menelik Geschenke von großem Werthe gesandt nebst bedeutenden Quantitäten von Waffen, darunter angeblich 60,000 Gewehre, 2 Millionen Patronen und mehrere Maschinenkanonen.

In Transvaal ist die Antwort des Staatssekretärs Reitz auf die Reformvorschläge der Vertreter der Mineindustrie am Sonnabend amtlich veröffentlicht worden. Unter Bezugnahme auf die jüngsten Ausführungen des Präsidenten Krüger über die politische Lage spricht der Staatssekretär die Hoffnung aus, daß die Hand, welche man der Mineindustrie in durchaus ehrlicher Absicht biete, nicht eigensinnig zurückgewiesen werden möchte.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

— Verbot des Kammzugterminhandels in Leipzig. Nachdem bisher Preussen im Bundesrath dem Antrage Sachsens betreffend das Verbot der Kammzugbörse in Leipzig einen gewissen Widerstand geleistet hatte, ist in neuerer Zeit auch Preussen der Ansicht beigetreten, dass es angezeigt wäre, den Kammzugterminhandel zu verbieten. Da sämmtliche übrigen grösseren Bundesstaaten in gleicher Weise stimmen werden, so darf als sicher angenommen werden, dass das Verbot in allernächster Zeit ausgesprochen werden wird.

— Chinin. Nach einem Bericht der Drogenfirma Brückner, Lange & Co. in Berlin hat sich infolge des erhöhten Bedarfs wegen der Influenza im Verein mit einer grossen Abnahme der Rinden aus Java und unter dem Einfluss der Spekulation in Deutschland, England und in den Vereinigten Staaten in Zeit von drei Monaten eine Preissteigerung von 25 M. pro 1 kg gleich rund 100 Proz. vollzogen. Inzwischen hat Auktion in Amsterdam stattgefunden, auf der von den aufgestellten 23,570 kg Chinin in Rinden 20,331 kg zu 11 Cent per unit verkauft worden sind, was einem Chininsulfatpreise von etwa 57 M. pro kg entspricht.

— Preussische Bodenkreditaktienbank. Der Rohgewinn beträgt 10,718,958 M., der Reingewinn 2,466,458 M. Der Aufsichtsrath beschloss, eine Dividende von 7 Proz., ebenso wie in den Vorjahren, in Vorschlag zu bringen. Nach Zahlung der Tantième verbleibt ein Vortrag von 195,669 M., aus dem zur Neubildung eines Extrareservefonds 100,000 M. verwendet werden.

— Die Vereinigung der Halbzeugwerke von Westfalen, Niederrhein, der Saar, Lothringen und Luxemburg geben durch Rundschreiben bekannt, dass von heute ab der gemeinsame Verkauf des Halbzeugs gewöhnlicher Qualität durch die Verkaufsstelle Düsseldorf erfolgt.

— Die Stücke der neuen 3proz. Anleihen können nunmehr gegen Einlieferung der Interimsscheine bezogen werden.

An der Börse gehen Gerüchte um, wonach die Erdmannsdorfer Spinnerei mit der Schlesischen Leinenweberei Kramsta vereinigt werden soll.

— Strassenbahn Hannover. 3 Mill. M. Aktien werden am 11. d. zu 118 Proz. aufgelegt.

— Der Verband deutscher Baumwollgarnkonsumenten beabsichtigt die Herausgabe von sogenannten schwarzen Listen, in denen Firmen, die entweder in Konkurs gerathen oder ihre Zahlungen eingestellt haben, namhaft gemacht werden sollen.

— Der Norddeutsche Lloyd erhöhte die Zwischendeckpreise der Schnelldampfer nach New York auf 160 M., für die Rolanddampfer nach Baltimore auf 140 M.

— Der Grubenvorstand der Zeche Tremonia erklärt, bis jetzt ein Angebot seitens des Hörder Bergwerks- und Hüttenvereins auf Erwerb des Zecheneigenthums nicht erhalten zu haben.

— Der Aufsichtsrath der Oberschlesischen Eisenbahn-Bedarfs-Aktien-Gesellschaft beschloss, zur Beschaffung der für die Erschliessung der unmittelbar an der „Friedens-Hütte" gelegenen werthvollen Kohlenfelder nöthigen Mittel in der Generalversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals auf 20,000,000 M. vorzuschlagen und, die Zustimmung der Generalversammlung vorausgesetzt, die Offerte eines Finanzkonsortiums unter Führung der „Aktiengesellschaft für Montan-Industrie" anzunehmen, wonach letztere diese jungen, vom Jahre 1900 ab dividendenberechtigten Aktien zu 106 übernimmt und hiervon den Aktionären im Verhältniss von 1:4 zum Kurse von 110 anzubieten hat.

— Bei der Deutschen Militärdienst-Versicherungs-Anstalt in Hannover waren im Monat März 1899 in den beiden von der Anstalt betriebenen Geschäftszweigen der Militärdienst-Versicherung und Lebens-Versicherung (auch Töchterversorgung), zu erledigen: 1012 Anträge über 2,106,410.— M. Versicherungs-Kapital. Von Errichtung der Anstalt (1878) bis Ende März 1899 gingen ein 334,971 Anträge über 429,553,560.— M. Versicherungs-Kapital. Die Auszahlungen an Versicherungssumme, Prämienrückgewähr etc. im Laufe des Jahres 1898 betrugen 3,846,000 M., die Gesammtauszahlungen seit Bestehen der Anstalt 17,353,000.— M. Das Vermögen der Anstalt erhöhte sich im Monat März von 93,793,826 M. auf 94,239,836 M.

— Der mittelenglische Stabeisenverband hat die Preise für unmarkirtes Stabeisen um 5 sh. pro To. erhöht; der Grundpreis beträgt nunmehr 7 Lstrl. Die Werke für markirtes Stabeisen haben noch keinen Beschluss gefasst, aber es wird erwartet, dass sie den Preis in der nächsten Woche um 10 sh. erhöhen werden. Diese Massregeln werden mit der Preiserhöhung für das Rohmaterial motivirt.

— Der amerikanische Zinn-Trust beschloss, wie uns aus London gemeldet wird, behufs Einschränkung der Einfuhr den Zinnpreis auf 4 Doll. per Kiste für das laufende Jahr festzusetzen.

— Eisenbahn-Einnahmen. Marienburg-Mlawka im März 164,000 M. gegen 1898 mehr 5000 M.

— Dividenden. Akt.-Ges. für Bergbau, Blei- und Zink-Fabrikation zu Stolberg 10 Proz. (i. V. 8 Proz.) Dividende auf die Vorzugs-Aktien und 5 Proz. (i. V. 3 Proz.) auf die Stamm-Aktien. — Die Verwaltung der Schlesischen Aktiengesellschaft für Bergbau- und Zinkhüttenbetrieb schlägt 18 Proz. (i. V. 15 Proz.) vor. — Die Vaterländische Feuerversicherungs-Aktien-Gesellschaft in Elberfeld vertheilt eine Dividende von 300 M. (50 Proz. der Einzahlung) wie im Vorjahr. — Die Generalversammlung der Versicherungsgesellschaft Colonia setzte bei einem Reingewinn von 1,333,455 M. die Dividende auf 66⅔ Proz. fest; die Rückversicherungsgesellschaft Colonia beschloss 11 Proz.

Schiffsnachrichten.

Bremen, 8. April. Bewegungen der Dampfer des Norddeutschen Lloyd: „Wartburg" 6. von Oporto nach Lissabon. „Nürnberg" 7. von Muji nach Hongkong. „Aller" 7. von Neapel nach New York. „Karlsruhe" 7. in Sidney. „Krefeld" 7. in Baltimore. „München" 7. von Baltimore in Bremerhaven. „Mark", von La Plata, 8 Hurst Castle passirt. „Kaiser Wilhem II." 7. von New York in Gibraltar. „Sachsen" 8. von Antwerpen nach Bremen. „Mark" 8. von Southampton nach Antwerpen.

Dampfer der Hamb.-Am. P.-A.-Gesellschaft.

Hamburg, 8. April. „Bethania" nnd „Bosnia" 7. in Baltimore. „Constantia", von St. Thomas, 8. in Hamburg. „Croatia" 7. von St. Thomas, „Valentia" von Havre nach Hamburg.

Schleppverkehr auf der Saale.

Mitgetheilt vom Halleschen Speditions-Verein m. b. H.

Angekommen in Halle am 10. April. Kahn 4283 Sr. A. Hoffmann mit Roheisen von Stettin. Kahn 894 Sr. Hübner mit Hafer von Stettin

Schul-Tornister

solid und billig.

C. F. Ritter, Leipzigerstr. 90.

Beachten Sie gefälligst die Gardinen-Beilage welche heute dieser Zeitung beiliegt.

Geschäftshaus J. Lewin Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18990410018/fragment/page=0003

Grösste u. älteste **Schirm-Fabrik,** gegr. 1854, v. **Franz Rickelt,** Kleinschmieden.

Entoutcas reine **Seide** prachtvolle Farben mit passendem Futteral von M. 5,— an.

Entoutcas gestreifte **Seide** von M. 1,50 an.

Sonnen-Schirme weiss und crême Silesienne mit Rüschen von 3 Mark an.

Sonnen-Schirme weiss und crême Organdy Mark 3,50, mit Einsatz und coul. Band eingezogen.

Fantasie-Schirme in **Merveilleuxseide** mit breiten Spitzen und coul. seid. Rüsche von 7 M. an.

Neuheit Plissé-Seide mit farbigem Gestell von Mark 5,— an.

Ausstellung von elegantesten **Modellen.**

„Edelweiss."
Dampfwäscherei und Plättanstalt,
Fernsprecher 1257. Karlstr. 13.
Abholung, sowie Zusendung geschieht durch eigenes Gespann und kostenfrei.
Man verlange Preis-Verzeichniß.

Empfehle beim Einkauf von **Möbeln** mein großes Lager (größtes hier am Platze) neuer u. gebrauchter Möbel jeder Art. Wie bekannt billige und reelle Bedienung.
Friedrich Peileke,
Geiststraße 25,
vis-à-vis Café Hohenzollern. Tel. 1151.

Stets großes Lager in Laden- und Contor-Einrichtungen, gebraucht, aber gut erhalten, empfiehlt
Friedrich Peileke, Geiststr. 25.

Lungen-
Kehlkopfschwindsucht.
Behandlung ebenso sicher als einfach und billig. Glänzendste Erfolge seit Jahren. Broschüre über Heilerfolge gratis.
Dr. Dürrbeck, Osterhofen (Bayern).

David's Kamerun-Kakao

David's Kamerun-Schokolade

Kamerun-Kakao in 1/4 und 1/2 Pfund-Packeten per Pfund 2,— Mk.

Kamerun-Schokolade per Pfund 1,50 Mk.

Diese Marken, hergestellt von Bohnen aus der deutschen Kamerun-Kolonie, sind preiswerth und im Geschmack vorzüglich.

C. Höpfner Nachf.

Fritz Möller, Photograph

jetzt **nur** noch: **Alte Promenade 1, pt.**

zwischen Stadttheater und Hauptpost, neben Bankhaus Lehmann.

Letzte Auszeichnung: Goldene Medaille, Leipzig 1897.

Hübsche moderne Räume, parterre. **Permanente Ausstellung.**

Renten-Versicherungen
sehr vortheilhaft, vermittelt die **General-Agentur der Friedrich Wilhelm-Gesellsch.** in **Halle a/S.,** Meckelstr. 1.

Militär- Vorbereit.-Anstalt, staatl. concessionirt, **Erfurt,** Garten-straße 52. Vorzügl. Erfolge bei Einj.-Freiw.-Examen. Die auf d. Fähnr.-Exam. od. für **Schulen** od. auf d. Abiturienten-Exam. vorbereiteten Aspiranten bestanden bisher (seit 1894) sämmtlich. Ausführl. Prospekt.
v. Trippenbach.

Stück- u. Familienwäsche w. saub. u. bill. gewasch. u. geplätt. Rannische Str. 7, III.

Zum Schulanfang
empfehle
Zuckerdüten in großer Auswahl, sowie **Bonbon** in allen denkbaren Sorten und Mustern, von jetzt ab nur **à Pfd. 50 Pfg.**
ff. Düten-Confect mit Pralinée gemischt, schon von **60 Pfg. an.**
Apfelsinen zu billigsten Preisen.
Carl Booch,
Breitestraße 1 und Markt, Rother Thurm Nr. 12.

Capitals-Anlage.
4 Prozent Zinsen
sind durch Anlage von Kapitalien in guten Hypotheken oder sicheren Werthpapieren zu erreichen.
Kostenfreie Nachweisung ohne jede Spesenberechnung durch die Geschäftsstelle von
B. J. Baer, Bankgeschäft,
Leipziger Str. 64.

Neuheit. Suum cuique. Jedem das Seine. FABRIK-MARKE **Neuheit.**
Doppelt raffinirtes Deutsches Haushalt-Rinderfett,
garantirt rein = ohne Salz und Wasser,
= 100% Fettgehalt =
Marke Famos
Bester Ersatz für Butter und Schmalz.
Zu allen Koch-, Brat- und Backzwecken
● ● ● ● ● ● ●
sparsamen Hausfrauen dringend empfohlen.
In Pergamentrollen à 1 Pfd. 60 Pfg.
Zu haben in den Verkaufsstellen des Allgemeinen Consumvereins Halle (Saale).

Schulbücher!!
mit dauerhaften Schutzumschlägen
(ohne Preiserhöhung)
hält in den neuesten Auflagen auf Lager
Ludw. Hofstetter,
Buchhandlung, Poststraße 19.

MEY's Stoffwäsche
aus der Fabrik von
MEY & EDLICH, LEIPZIG-PLAGWITZ
Kgl. Sächs. u. Kgl. Rumän. Hoflieferanten.
Billig, praktisch, elegant,
von Leinenwäsche kaum zu unterscheiden.
Im Gebrauch **äusserst vortheilhaft**
Diese Handelsmarke trägt jedes Stück.
Vorräthig in **Halle a. S.** bei: **Hugo Winkler,** Schmeerstrasse 1, **Alb. Hentze,** Schmeerstr. 24, **Rich. Wagner,** Königstr. 5, **Th. Löbeling,** Schmeerstrasse 15, **Gust. Hildebrand,** Leipziger Str. 65, **Carl Pritschow,** Bernburger Str. 28, **F. Müller,** Leipziger Str. 29, **C. A. Grunewald,** Schmeerstr. 8, **Fr. Linse;** Bernburgerstrasse 9 u. Breitestrasse 30, **Paul Buschbeck,** Ed. Engler's Nachf., Gr. Ulrichstr. 35, **C. A. Böhme,** Geiststr. 50, **C. Obstfelder,** Alter Markt 14, **Robert Plötz,** Leipziger Str. 17, **A. Hugo Springstein,** Geiststrasse 56, **Franz Schwarz,** Neumarktstr. 5, **Otto Lützenkirchen,** Mansfelder Str. 9, **Rosalie Polack,** Lindenstr. 47, **F. Schatz,** Buchh., Mauerstrasse 1, **Gustav Müller,** Albrechtstr. 46, **R. Böttcher,** Gr. Klausstr. 34, **Alb. Pfautsch,** Friedrichstr. 2, **C. Möckel,** Parkstrasse 1, **Paul Simon,** Gr. Ulrichstr. 24, **Carl Rehe,** Rannische Str. 13. — In **Giebichenstein** bei **Wilh. Freitag.** In **Schkeuditz** bei **Diesel & Eckardt.** In **Cönnern** bei **Otto Bertram.**

Ranniger's
Damen-Handschuhe,
couleurt, schwarz und weiß, das Vollkommenste im Sitz und Haltbarkeit, à Paar 3.25 M. 3 Paar 9 M.
Herm. Oetting.

Auctionen.

Uhren- und Goldwaaren-Auction.
Dienstag den 11. dd. von Vorm. 9 Uhr u. Nachm. 2 Uhr ab versteigere ich Gr. Ulrichstr. 44 im Laden meistbietend gegen Baarzahlung:
40 silb. Remontoir-Taschenuhren, 15 Wanduhren, Regulator, Wecker, 1 großen Posten gold. u. Double-Ringe, Broschen, Armbänder, Uhrketten, Ohrringe, div. Goldsachen; ferner: **1 gr. Ladentisch mit Kasten und gr. Fachregal.**
J. Stemmler, gerichtl. vereid. Taxator und vereid. Auctionator.

Wasserdichte
Wagendecken,
Pferdedecken.
Grösste Special-Fabrik.
L. Stromeyer & Co., Konstanz.
Mech. Weberei, Decken-, Zelte- u. Säcke-Fabrik.

Der **Deutschen Kaffee-** Köln a. Rh. von der **Import-Gesellschaft** hergestellte

Brillant-Kaffee
ist der feinste gebrannte **Bohnen-Kaffee,** unerreicht an **Kraft, Güte** und **Aroma.**
Käuflich in 1/2 Pfund-Packeten zu 60, 70, 75, 80, 85 und 95 Pfg.
In sämmtlichen besseren Geschäften.
Generalvertreter für Halle und Umgebung:
Alfred Lohse, Hermannstrasse 27.

100,000 Mark für nur 3 Mk. 30 Pfg. zu gewinnen, diese günstige Gelegenheit bietet die „Wollfabriks-Lotterie", von welcher der heutigen Stadt-Auflage ein Prospekt des Bankhauses Rob. Th. Schröder in Berlin beiliegt; von dieser gewiß seltenen Gewinn-Chance sollte man umsomehr Gebrauch machen, da das genannte Bankhaus fortgesetzt von ganz besonderem Glücke begünstigt ist.

Für den Anzeigentheil verantwortlich: W. König in Halle. Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel. Mit 3 Beiblättern und Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18990410018/fragment/page=0004